No. 97. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 27. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Oranienstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Rykestr. 31, N. Schiffbauerdamm, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 136, W. Lietzenburgstr. 32, W. Bayreuthstr. 32, W. Leipzigerstr. 105, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 88/94 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Liberalismus und Arbeiter.

In München hat vor kurzem der Arbeitersekretär Anton Erkelenz (von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen) einen Vortrag über das Thema „Liberalismus und Arbeiterbewegung" gehalten, dem wir des allgemeinen Interesses halber folgende Ausführungen entnehmen:

„Bei der Behandlung der Frage Liberalismus und Arbeiter muß man in erster Linie von der historischen Tatsache ausgehen, daß Bürgertum und Arbeiter von jeher gemeinsam für die Erringung politischer Rechte und wirtschaftlicher Freiheiten gekämpft haben. 1848 stiegen sie zusammen auf die Barrikaden. Später gründeten sie gemeinsam die große Bewegung der Arbeiterbildungsvereine. Die Berliner liberalen Arbeiter waren es, die am entschiedensten die sozialistische Agitation Lasalles ablehnten.

Dies gemeinsame Vorgehen war nur natürlich, weil beide Teile das wirtschaftliche und ideelle Interesse hatten, die vom Liberalismus erstrebte Beseitigung aller Fesseln und Herrschaftsprivilegien durchzuführen. Speziell die Arbeiterklasse konnte sich zu ihrer heutigen Bedeutung erst — um ein Wort Lassalles zu gebrauchen — „aus den Mantelfalten des Bürgertums" entwickeln.

Diese Tatsachen erwähnen, bedeutet die Erinnerungen wachrufen an Tage der Hoffnung auf beiden Seiten und Tage schmerzlicher Enttäuschung. Und diese Enttäuschung hat dann Bürgertum und Arbeiterschaft auseinander getrieben.

Als die Gründe dieser Erscheinung sind hier hervorzuheben:

1. Die mangelnde Voraussicht der damaligen Führer des Liberalismus in der Erkennung des sozialen Zeitproblems. Unter dem Einfluß der in mißverständlicher Weise popularisierten Lehren der klassischen Nationalökonomie glaubte man an eine allgemeine Harmonie der Interessen aller gesellschaftlichen Schichten. Was das einseitige Interesse des Kapitalismus erforderte, pries man mit der idealistischen Verzierung „Volkspolitik, nicht Klassenpolitik" als alleinige Richtschnur liberaler Politik an.

2. Die so abgestoßenen Arbeiter kamen nun in die Bahnen des sozialistischen Marxismus. Kampf gegen alle anderen Gesellschaftsschichten wurde den Arbeitern als ihre geschichtliche Mission gelehrt. Der Arbeiter sollte der Zentralpunkt aller künftigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwickelung sein. Das Bild war zu verlockend, als daß es nicht auf die Massen anziehend wirken mußte.

3. Es bemächtigten sich die politischen Parteien der wirtschaftlichen Arbeiterberufsorganisation. Hätte der Liberalismus das Berufsorganisationswesen verstanden, so wären unter seiner Leitung Berufsvereine möglich gewesen, die Anhänger aller Konfessionen und Parteien umfaßt und einzig ihre wirtschaftlichen Zwecke verfolgt hätten. Nun bemächtigte sich ihrer der Sozialismus als Vorschule für Parteizwecke. Auf den gleichen Bahnen wandelte später der Klerikalismus.

4. Kein Wunder, daß nach allem Bürgertum und Arbeiterschaft sich immer weniger verstanden. Und nun entstand der tiefste Riß, das langjährige Bündnis großer Teile des Liberalismus mit dem Konservatismus, unter dessen Einfluß die liberalen Ideale immer weiter verblaßten.

Dies einige der wesentlichsten Gründe. Nach dem Gesetz von Druck und Gegendruck vermehrte sich dadurch in den Arbeitern der Radikalismus.

Die Sozialdemokratie hat aber auch von jeher ihre wesentliche Stoßkraft statt gegen den Konservatismus gegen den Liberalismus gerichtet und versuchte ihn zu zerreiben. Schon Lassalle lehrte seinen Anhängern „die natürliche Affinität", die zwischen den beiden äußersten Parteien der Rechten und der Linken vorhanden sei, einander gegen die Partei der Mitte zu unterstützen. So war es wieder bei der Reichstagswahl 1907, so ist es ähnlich jetzt beim preußischen Wahlrechtskampf.

Die Folgen dieser Entwicklung sind:

1. Die politische Machtlosigkeit des Bürgertums.
2. Die politische Machtlosigkeit der Arbeiter.
3. Die politische Herrschaft des preußischen Junkers.

Ueber alles das täuscht auch der Aufbau der großen sozialdemokratischen Organisationen nicht hinweg. Sie sind wie der Turmbau zu Babel.

Das führt zu der logischen Schlußfolgerung: Entweder Bürgertum und Arbeiterschaft üben gemeinsam die politische Herrschaft aus, oder keiner von ihnen tut es. Auf dem Streite beider beruht die Herrschaft des Junkers. Die Frage ist: Wie können beide Teile zusammen arbeiten?

Den durch Berufsorganisation und Sozialpolitik bezeichneten Kampf der Arbeiter um den Anteil an den Kulturgütern muß der Liberalismus prinzipiell als berechtigt anerkennen. Der Arbeiter muß das Recht haben, seine Forderungen mit aller Entschiedenheit geltend zu machen.

Die alten Ideale des Liberalismus, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, nationale Kultur, Selbstverwaltung müssen aber lebendig gemacht und erhalten werden. Sie sind der Boden, auf dem eine höhere Einheit der zerklüfteten Standesinteressen möglich ist. Wie Aeste und Zweige des Baumes im Stamme ihre Einheit und gemeinsame Nahrquelle finden. Auf solchem Boden wird es auch für die Sonderinteressen der einzelnen Schichten untereinander mehr menschliches Verstehen geben als heute.

Wie gewinnt der Liberalismus Arbeiter? Außer den schon erwähnten Gründen gingen die Arbeiter auch deshalb zur Sozialdemokratie, weil sie infolge ihrer geringen politischen Reife und Erfahrung dem folgten, der am meisten versprach und alle anderen überschrie. Die Arbeiter werden allmählich mehr und mehr gerade durch Taten unterscheiden lernen. Das gibt für den Liberalismus eine größere Aussicht als früher, an Arbeiter heranzukommen.

Erhebliche Teile des Liberalismus haben lange geglaubt, Arbeiter gewinnen zu können durch ein grundsätzliches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Dieser Weg führt nicht zum Ziele. Es gilt, Arbeitermassen außerhalb der Sozialdemokratie zu sammeln. Dagegen ist die stets wiederholte Betonung der Bündnisfrage agitatorisch schädlich, weil sie unsere Anhänger, statt sie zu eifriger Arbeit anzuspornen, auf Hilfe von außen rechnen und warten läßt.

Es ist ferner auch eine Tatsache, daß sich außerhalb der Sozialdemokratie immer größere Massen nationaler Arbeiter zusammenfinden. Das läßt darauf schließen, daß sich die Arbeiter mehr und mehr von dem rücksichtslosen Klassenkampf und Internationalismus der Sozialdemokratie abgestoßen fühlen. Ein Beweis in der Richtung sind sogar die im vorigen Jahr bedauerlicherweise gegründeten gelben Gewerkschaften.

Wenn auch etwas außerhalb des Rahmens der heutigen Darlegung liegend, scheint es notwendig, dem Liberalismus zu sagen, er möge nicht in diesen „Gelben" die Arbeitermassen sehen, die ihm entgegenwachsen. Leute, die das Streben nach Besserung ihrer Lage aufgeben für einen Zuschuß, den der Unternehmer zum Krankengeld leistet, sind nicht die Elemente, mit denen der Liberalismus seine politischen Schlachten schlagen kann.

Die Lösung des Problemes Liberalismus und Arbeiter ist gegeben in dem festen Willen: der Liberalismus soll selbst Arbeiter gewinnen!

Dazu ist eine umfassende soziale Erziehungsarbeit nötig. Sie hat sich zu erstrecken auf das Bürgertum und auf die Arbeiterschaft.

Nicht immer ist es böser Wille, wenn diese beiden bisher oft aneinander vorbei redeten. Unkenntnis und Mißverständnis sind oft mehr dafür verantwortlich. Diese sind zunächst zu bekämpfen.

Diese Arbeit ist schwer; sie läßt nicht von heute auf morgen große Erfolge erwarten. Sie ist wie alle Pionierarbeit, die auch bei scheinbaren Mißerfolgen weiterschafft, in dem ewigen Glauben an die Gerechtigkeit der Sache, der man dient.

Der bedeutsamste Teil dieser Aufgabe fällt den Mittelklassen, der Bildungsschicht des Volkes zu. Sie hat in England mit großem Erfolge den Mittler zwischen Unternehmern und Arbeitern gemacht. In Deutschland beschränkt sich leider bisher ihre Tätigkeit auf ein bißchen sanfter Kulturpolitik. Sie sollten mehr Fühlung mit dem praktischen Leben gewinnen und sich an die Spitze der politischen Organisation stellen.

Aber auch aus Arbeiterkreisen müssen Pioniere heran an die Arbeit. Gerade sie dürfen sich nicht scheu in den Hintergrund stellen. Die Verhältnisse im Liberalismus verbessern sich in dem Maße, wie intelligente Arbeiter aktiv mitwirken. Und sie müssen den Mut haben, auch in der Werkstätte sich als liberale Arbeiter zu bekennen. Daran fehlt es oft noch!

Die liberalen Arbeitervereine sind das verbindende Glied zwischen Bürgertum und Arbeiter und haben in dieser Richtung eine bedeutsame Zukunft.

Diese ganze Erziehungsarbeit darf natürlich nicht betrieben werden vom Standpunkt vorgefaßter Meinungen aus Urväters Zeit. Ihre Unterlage müssen bilden die Lehren der modernen Nationalökonomie. „Mehr Lujo Brentano" könnte man sagen.

Die Zeit zum Beginne dieser Arbeit ist reif. Auf beiden Seiten sind auch Führer vorhanden, die das Banner vorwärts tragen.

Nun mag der Wille die Tat entzünden in immer weiteren Kreisen.

Die Sterne reißt vom Himmel
Das eine Wort „ich will".

Hitzige Debatten

gab es gestern im Reichstage, nachdem die Beratung des Justizetats zu Ende geführt war. Es folgten Wahlprüfungen, und wie es bei dieser Materie stets der Fall ist, erhitzten sich die Gemüter bis zum Siedepunkte.

Gestern kam es zu einer großen, allgemeinen Auseinandersetzung zwischen der freisinnigen Volkspartei und den Sozialdemokraten über die freisinnige Teilnahme an der Blockpolitik. Den Anlaß dazu gab die Wahl des freisinnigen Hospitanten Enders; die Kommission hatte Beanstandung und Beweiserhebung beantragt, weil Bürgermeister mit ihrer Amtsbezeichnung einen Wahlaufruf unterzeichnet hatten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer-Berlin beantragte aus demselben Grunde die Ungültigkeitserklärung der Wahl, indem er hervorhob, der Kommissionsbeschluß sei nur möglich geworden durch den Umfall der freisinnigen Parteien.

Im weiteren Verlauf der Debatte berief sich Herr Fischer für diesen Vorwurf auf die „Berliner Volks-Zeitung". Herr Kopsch von der freisinnigen Volkspartei benutzte diese Gelegenheit, um sich an der „Volks-Zeitung" zu reiben. Er rief der Behauptung Fischers, der die „Volks-Zeitung" ein freisinnig-liberales Organ nannte, ein lautes „Nein" entgegen. Herr Kopsch, an dessen Urteil über unsere politische Haltung uns absolut nichts gelegen ist, beweist durch diesen Zwischenruf nur das eine, daß er nicht einen Hauch von politischer Urteilsfähigkeit besitzt und daß ihm der Begriff des wahren Liberalismus längst abhanden gekommen ist, woran allerdings seit Jahr und Tag kein denkender Mensch mehr zweifelt. Allerdings, die Sorte von Liberalismus, die Herr Kopsch auf seinen zahlreichen Agitationsreisen vertritt, machen wir nicht mit; dazu ist uns die „Volks-Zeitung" und ihre alte ehrenvolle demokratische Tradition zu schade. Und für die mehr als zweifelhafte Ehre, ein „liberales Blatt" im Sinne des Herrn Kopsch zu sein, haben wir uns ebenfalls schon seit Jahr und Tag ergebenst bedankt.

Wenn Herr Kopsch in einem späteren Stadium der Debatte darüber Klage erhob, die „Volks-Zeitung" tue alles, „um das Ansehen und die Tätigkeit der freisinnigen Volkspartei herabzusetzen", so erwidern wir ihm: Leider ist es mit der Fraktionspolitik der freisinnigen Volkspartei so weit gekommen, daß wir sie aus unserer innersten liberalen Ueberzeugung heraus bekämpfen müssen im Interesse des Liberalismus und um an unserem Teile wenigstens das Ansehen des freisinnigen Gedankens hochzuhalten, das von den Blockfanatikern in der Fraktion geradezu in den Staub getreten wird. Herr Kopsch gab zu erkennen, daß er früher einmal zu den Lesern der „Volks-Zeitung" gehört hat. Das ist schon lange her. Daß er es nicht mehr ist, bedauern wir. Aber, wohlverstanden, in seinem Interesse, nicht in dem unserigen. Denn um seine politische Bildung und Entwickelung wäre es besser bestellt, wenn er die „Volks-Zeitung" noch heute lesen würde.

Der heiße Redekampf endete, wie zu erwarten war, mit der Annahme des Kommissionsantrages durch den Block. Daran schlossen sich noch zahlreiche weitere Wahlprüfungen.

Herrenhausopposition.

Fürst Bülow wird keine freudigen Gefühle vom ersten Tage der Enteignungsdebatte im Herrenhause mit nach Hause genommen haben: die „erste Kammer" bildete gestern, um ein vielgebrauchtes Wort aus vergangenen Tagen aufzufrischen, „Seine Majestät allergetreueste Opposition". Zwei Minister hielten mühevolle Reden; Fürst Bülow selbst erhob sich zu einer schönen Ansprache, in der er sich als schlechter Geschichtskenner zu erkennen gab. Er behauptete, die große französische Revolution versuchte Propaganda nach außen zu treiben. Umgekehrt ist's richtig. Das Hetzen der französischen Emigranten trieb Preußen, das schemenhafte Deutsche Reich und Oesterreich, zu den unglücklichen Koalitionskriegen gegen Frankreich. Und wenn Fürst Bülow nichts Besseres wußte, als den toten Bismarck aus seiner Gruft zu zitieren, so rufen wir ihm zu: Laß die Toten ruhen; hilf dir selbst.

Das Echo auf die Reden vom Ministertische war wenig erfreulich; Graf Mirbach erklärte, daß das Wirtschaften der Ansiedelungskommission die polnische Bevölkerung zusammenschweiße und die polnische Frage verschärfe. Der frühere Minister Lucius v. Ballhausen erblickte in der Vorlage einen Eingriff in das persönliche Recht und empfahl die Ablehnung der Enteignung. Herr v. Wedel-Piesdorf, der ehemalige Minister des königlichen Hauses, trat für die Kommissionsbeschlüsse ein. Generalfeldmarschall Graf Haeseler machte der Regierung den wenig schmeichelhaften Vorwurf, daß sie im Begriffe stehe, die Verfassung zu verletzen, und daß sie einen wehrlosen Gegner bekämpfe. Graf Schulenburg-Grünthal nannte die Vorlage einen Schlag ins Wasser und hielt der Regierung vor, daß sie auf einem schlüpfrigen Pfade wandle. Daß die Opposition des Herrenhauses aus persönlichen Befürchtungen des preußischen Großgrundbesitzes entspringt, gab dieser Redner ruhig zu.

Zu einer Entscheidung kam es gestern noch nicht; der Schluß der Debatte wurde auf heute vertagt.

Ein Dementi.

Ein französisches Blatt hatte eine Mitteilung veröffentlicht, nach welcher der Kaiser in einem Gespräch mit dem verstorbenen französischen Kultusminister Antonin Proust geäußert haben soll, daß die Erwerbung Elsaß-Lothringens ein schwerer Fehler der deutschen Politik gewesen sei. In einer offiziösen Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg." wird diese Meldung als falsch bezeichnet. Das Blatt erklärt, daß der Kaiser eine derartige Aeußerung niemals getan hat.

Die Festlegung des Osterfestes

ist ein alter Wunsch im Deutschen Reiche. Wie aus Dresden berichtet wird, hat auch das sächsische Ministerium des Innern diese Festlegung als ein wünschenswertes Ziel bezeichnet. Das Landeskonsistorium, mit dem sich das Ministerium ins Einvernehmen gesetzt hat, weist zwar auf die Bedenken hin, die der Bruch mit einer seit vielen Jahrhunderten bestehenden Kirchensitte mit sich bringen werde, erklärt sich jedoch zur Mitwirkung unter der Bedingung bereit, daß eine Verständigung mit den Regierungen, in deren Ländern der gregorianische Kalender eingeführt sei, herbeigeführt werde. Die römisch-katholische Kirche hat sich, als das apostolische Vikariat in Sachsen in dieser Angelegenheit das letzte Mal befragt wurde, natürlich ablehnend verhalten. Um nun aber doch zu einer beschleunigten Behebung der durch das Schwanken des Ostertermins — um 35 Tage — verursachten Mißstände im bürgerlichen Leben zu gelangen, hat die Beschwerde- und Petitionsdeputation der zweiten sächsischen Kammer beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, eine auf die Festlegung des Osterfestes auf die Zeit vom 4. bis 10. April abzielende Petition des Studienrates Dr. Hoffmann-Dresden der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Es wäre allerdings sehr wünschenswert, wenn eine Neuordnung des Osterfestes, wie sie im Interesse der modernen Lebensbedürfnisse liegt, bald zustande käme. Natürlich kann hier nicht ein einzelner Bundesstaat gesondert vorgehen, sondern es wäre Sache des Reiches, die Initiative zu ergreifen. Bei dem gegenwärtig in Preußen und Deutschland herrschenden orthodox-reaktionären Kurse besteht freilich wenig Hoffnung, daß dies geschieht.